

DEFUS-Leitgedanken zu marginalisierten Gruppen im öffentlichen Raum

Marginalisierte Menschen sowie ihre sozialen Probleme gehören zur Stadtgesellschaft dazu.

Armut und Marginalisierung haben viele gesellschaftspolitische, wirtschaftliche und soziale Ursachen und führen nicht selten dazu, dass Menschen sich in einer Abwärtsspirale aus Arbeits- und Wohnungslosigkeit gepaart mit Sucht- und psychischen Problemen befinden. Mehr Menschen leben in prekären Verhältnissen und schwierigen Lebenssituationen. Zugleich ist in Ballungsgebieten bezahlbarer Wohnraum rar und hart umkämpft. In vielen deutschen Städten gibt es sichtbar mehr Menschen, die ihren Lebensmittelpunkt auf der Straße haben und in verdichteten öffentlichen Räumen um den wenigen Platz mit anderen Interessen konkurrieren und kollidieren.

Die sehr diverse Gruppe umfasst Menschen mit unterschiedlichen Problemlagen und sehr unterschiedlichen Verhaltensweisen. In allen Städten gibt es neben den unauffälligen und durch das Hilfesystem erreichbaren Menschen, inzwischen eine kleine Gruppe von Menschen, die kaum noch erreichbar sind und mit ihrem zum Teil psychisch sehr auffälligem und manchmal aggressivem Verhalten als störend empfunden werden.

Die Prävention von Marginalisierung, Wohnungslosigkeit, Sucht und psychischen Erkrankungen ist eine komplexe Aufgabe, die an vielfältige gesellschaftliche Herausforderungen anknüpft, wie Armutsprävention, Jugendschutz, Suchtprävention und Quartiersentwicklung, und nur mittels ganzheitlichem und koordiniertem Vorgehen bewältigt werden kann.

Um angemessen auf die lokalen Herausforderungen reagieren zu können, müssen Stadtverwaltungen ihre Problemlagen kritisch beleuchten und klar benennen. Es ist im Einzelfall zu klären, inwieweit Hilfestellung und/ oder ordnungsrechtliches Einschreiten zur Problemlösung beitragen.

Es wird keine einfachen Lösungen geben, aber die Städte sind entschlossen, aktiv zu handeln und positive Veränderungen zu bewirken. Um diesen Herausforderungen auf kommunaler Ebene zu begegnen, stützen sich die DEFUS Städte auf folgende Leitgedanken:

Kommunen können zur Eindämmung von Marginalisierung und Stigmatisierung beitragen.

- Die Arbeit mit marginalisierten Menschen mit multiplen Problemen betrifft viele Fachbereiche der Kommunalverwaltung und kann nur in einer konstruktiven fach- und ämterübergreifenden Zusammenarbeit mit fachlich geschultem Personal gelingen.
- Kommunen wollen öffentliche Räume für alle Menschen schaffen und erhalten, aber nicht jedes Nutzungsverhalten ist in allen öffentlichen Räumen tragbar. Die Verdrängung von Randgruppen trägt meist nur kurzfristig zur Problemlösung bei, da soziale Problemlagen lediglich aus dem öffentlichen Blickfeld oder auf andere Plätze verlagert werden. Es bedarf flankierender langfristiger Maßnahmen.
- Ein gesamtstädtisches Konzept zur Nutzung des öffentlichen Raumes kann einen Überblick verschaffen, welche Bedürfnisse an welchen Orten Berücksichtigung finden können und sollen. In der Stadtplanung oder der Planung von öffentlichen Plätzen und Gebäuden wie Bahnhöfen und Haltestellen muss die mögliche Nutzung durch marginalisierte Gruppen und deren Bedarfe von Beginn an berücksichtigt werden. (*Beispiel Hauptbahnhof Wien, Leopoldplatz Berlin*)
- Um die Bedürfnisse marginalisierter Gruppen zu verstehen, dürfen sie nicht nur als passive Ziele von Maßnahmen betrachtet werden. Es braucht ein Zusammenspiel aus Ansprechen und Aufsuchen durch das Hilfesystem sowie die Beteiligung der Betroffenen an der Planung und Durchführung von Angeboten in Kombination mit verschiedenen repressiven Maßnahmen.

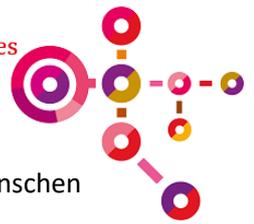


- Es ist wichtig, den oft aufgeheizten Diskurs über marginalisierte Gruppen zu versachlichen und zu entstigmatisieren. Dafür braucht es mehr konkrete Daten, beispielsweise durch ein regelmäßiges Monitoring der Problemlagen und Bedürfnisse, woraus sich Maßnahmen zielgerichteter ableiten lassen. (*Beispiel Szenescreening Köln Neumarkt, Beispiel Drogenbericht Frankfurt am Main*)
- Es braucht ein öffentliches Bewusstsein dafür, dass marginalisierte Menschen ein besonderes (Schutz-)Bedürfnis nach Aufenthaltsmöglichkeiten im öffentlichen Raum haben und es dafür bedarfsgerechte Räume und Flächen braucht. Die Kommunen können mit mediativen Maßnahmen aktiv für Verständnis für die Situation marginalisierter Gruppen werben. (*Beispiele sIP Züri in Zürich, Parkläufer*innen Görlitzer Park in Berlin, Bahnhofsläufer*innen Südkreuz in Berlin, Kümmer*innen auf dem Neumarkt in Köln*)
- Für marginalisierte Menschen können strukturenbende Tagestreffs wichtige Alternativen zum Aufenthalt im öffentlichen Raum sein. Diese müssen gut erreichbar sein, über bedarfsgemäße Öffnungszeiten verfügen und auf die unterschiedlichen Bedürfnisse der Menschen zugeschnitten sein. Zum Beispiel durch mehrsprachige Anlaufstellen oder Aufenthaltsorte, in denen Alkohol konsumiert werden darf. (*Forum St. Johannes Augsburg, D3 München*)
- Drogenkonsum an öffentlichen Plätzen einzudämmen oder zu verlagern kann langfristig nur gelingen, wenn es ausreichende Räume und Flächen gibt, in / auf denen der Konsum und alles, was für den risikoärmeren Konsum nötig ist, auch möglich und akzeptiert ist. Sei dies durch bedarfsgerechte, menschenwürdige Konsumräume oder Ausweichflächen. (*Beispiel Stadt Zürich, Beispiel Stadt Münster*)
- Ergänzende Angebote wie medizinische Krankenpflege und psychologische Beratung haben sich als sehr gewinnbringend erwiesen, um besonders schwer erreichbare Menschen mit Hilfeangeboten zu versorgen. (*Beispiel Mönchengladbach, Beispiel Essen, Beispiel Berlin Bahnhof Zoo*)
- Die Prävention von Wohnungs- und Obdachlosigkeit muss einen deutlich höheren Stellenwert einnehmen. Laut dem Wohnungslosenbericht 2022 des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales haben knapp die Hälfte der Wohnungslosen, die in Deutschland schon Mal eine Wohnung besaßen, diese auf Grund von Mietschulden verloren.¹
- Der Hilfsansatz in Deutschland ist ein an Bedingungen geknüpftes Stufensystem, das über den immer enger werdenden zweiten Wohnungsmarkt abgewickelt wird. Viele der Betroffenen können und wollen sich nicht an die damit einhergehenden Bedingungen wie Abstinenz und Konsumzeiten halten. Insbesondere Menschen mit multiplen Problemlagen (Sucht, psychische Erkrankung und Obdachlosigkeit) werden durch diesen Ansatz nicht erreicht. Sie bleiben auf der Straße, wo die Verelendung schnell voranschreitet. Vielversprechende Ansätze und Herangehensweisen wie bspw. die Umsetzung des Housing First-Ansatzes sollten ergebnisoffen geprüft und ausgebaut werden. (*Beispiel Düsseldorf, Köln und Stuttgart*)

Kommunen schaffen das nicht allein.

- Um den sozialen Frieden zu wahren, ist es notwendig, die Auswirkungen von sozialer Ungleichheit in den Blick zu nehmen. Dazu gehört vorrangig auch, den negativen Folgen von Armut und prekären Lebensverhältnissen aktiv zu begegnen. Hier bedarf es einer Wohnungspolitik, die geschützten Wohnraum schafft: Bund und Länder müssen den sozialen Wohnungsbau vorantreiben und mehr bezahlbaren Wohnraum schaffen, um Wohnungslosigkeit zu reduzieren.
- Drogenabusus einzudämmen, kann nachhaltig nur mit einem ganzheitlichen, ressortübergreifenden und gesellschaftlich gestützten Ansatz gelingen, bei dem die Begegnung

¹ https://www.bmas.de/SharedDocs/Downloads/DE/Soziale-Sicherung/wohnungslosenbericht-2022.pdf?__blob=publicationFile&v=4



der Ursachen einschließlich der Suchtprävention und die Unterstützung suchtkranker Menschen grundlegend sind.

- Suchtkranke und wohnungslose Menschen weisen sehr häufig auch unbehandelte psychische Erkrankungen auf. Die Behandlungsmöglichkeiten von psychischen Leiden einschließlich Traumafolgestörungen sollten deutlich ausgebaut werden. Die Angebote der Wohnungslosenhilfe und der Suchthilfe benötigen finanzielle und personelle Ressourcen für (aufsuchendes) psychiatrisches Clearing und Erstbehandlung, auch damit psychosoziale und Suchthilfe-Angebote für diese Menschen überhaupt wirksam werden können.
- Therapieangebote sollten schnell und ohne Wartezeiten für Menschen verfügbar sein, die aus der Sucht aussteigen wollen. Insbesondere für Menschen ohne Krankenversicherungen müssen auf der Bundesebene Lösungen gefunden werden.

Stand: Februar 2025

Liste der unterzeichnenden Mitglieder:

- Hauptstadt Berlin
- Landeshauptstadt Hannover
- Landeshauptstadt München
- Landeshauptstadt Stuttgart
- Landeshauptstadt Düsseldorf
- Stadt Augsburg
- Stadt Essen
- Stadt Freiburg
- Stadt Gelsenkirchen
- Stadt Gladbeck
- Stadt Heidelberg
- Stadt Karlsruhe
- Stadt Kaiserslautern
- Stadt Köln
- Stadt Mannheim
- Landespräventionsrat Niedersachsen
- Landespräventionsrat Nordrhein-Westfalen
- Deutscher Präventionstag